

Kiesgrube bei Tagelswangen Ein kilometerlanges Förderband statt 250'000 Lastwagen?

Bei der geplanten Kiesgrube in Lindau könnte ein Förderband zahlreiche Lastwagenfahrten verhindern. Davon profitieren würde aber vor allem die Nachbargemeinde.



Jonas Gabrieli

Publiziert heute um 17:45 Uhr



Unter den Feldern links im Bild befindet sich ein grosses Kiesvorkommen. Links im Hintergrund ist Tagelswangen zu erkennen, rechts die A1.

Foto: Marc Dahinden

Euphorisch über die geplante Kiesgrube südwestlich von Tagelswangen ist – gelinde gesagt – niemand in den Gemeinden Lindau und Illnau-Effretikon. Aber dafür gibt es einige Pragmatiker: Und deshalb wurde am Mittwochabend in Eschikon eine neue Möglichkeit präsentiert, um weniger Verkehr zur 33 Hektaren grossen Kiesgrube aushalten zu müssen. 62 Personen hörten in der Mehrzweckhalle des Strickhofs zu.

[Seit 2014 ist die Kiesgrube bei Tagelswangen im kantonalen Richtplan eingetragen.](#)

Dieser ist für die Behörden rechtlich verbindlich. «Es gibt nichts mehr zu beschönigen: Der Kiesabbau kann nicht mehr verhindert werden», sagte die

Lindauer Hochbauvorsteherin Susanne Sorg-Keller am Mittwochabend. Von 2006 an hatte der Gemeinderat gegen das Vorhaben gekämpft. Pikant: Bereits 2002 hatte die Kiesfirma Verträge mit den betroffenen Landbesitzern abgeschlossen.

Allerdings haben die beiden Gemeinden Lindau und Illnau-Effretikon 2014 einen privatrechtlichen Vertrag mit der Unternehmerfirma Kies AG abgeschlossen. Darin verpflichtete sie sich zu folgenden Punkten:

- Der Abbau beginnt im Süden. Erst wenn dieser Bereich abgeschlossen ist, wird mit dem Abbau im Norden der A1 begonnen.
- Im Süden darf während maximal 16 Jahren abgebaut und rekultiviert werden. Eine Verlängerung um zwei Jahre wäre jedoch möglich.
- Im Norden der A1 darf höchstens während einem Jahrzehnt Kies abgebaut und die Mulden dürfen wieder aufgeschüttet werden. Auch hier wäre aber eine Verlängerung um zwei Jahre möglich.
- Es wird etappenweise gearbeitet, auf jeweils maximal vier Hektaren. Dabei wandert die Grube von Ost nach West in Richtung Siedlungen.
- Das Kies wird zu 80 Prozent mit der Bahn abtransportiert. Dazu plant die Kies AG eine Zug-Verladestation im Süden. Die beiden Gemeinden müssen von der Firma jährliche Statistiken zu den Transportzahlen erhalten.
- Erschlossen wird die Kiesgrube über den Vogelsang in Effretikon und über den Seuchenrank bei Tagelswangen. Durch das Siedlungsgebiet dürfen keine Lastwagen fahren.
- Der Abstand der Kiesgrube zu den Siedlungen beträgt mindestens 250 Meter. Im Norden in Richtung Tagelswangen wird ein Schutzwall mit einer zwei Meter hohen Hecke aufgeschüttet.

Bei Nichteinhalten der Abmachungen wird die Firma mit Bussen sanktioniert. Diese können laut Vertrag bis zu 100'000 Franken betragen.

Eine ständige Kommission, in der auch Anwohner dabei sein sollen, würde künftig die Anlaufstelle für Probleme mit der Kiesgrube bilden.

Werden alle Abmachungen im Gestaltungsplan eingehalten, werden die beiden Gemeinden nicht rechtlich dagegen vorgehen.

Seit Montag liegt der Gestaltungsplan zur Kiesgrube bis und mit 20. November öffentlich auf und kann [hier](#) direkt heruntergeladen werden. Er füllt mit seinen 458 Seiten einen ganzen Bundesordner. Ein Gestaltungsplan wird jeweils vom Kanton festgesetzt, die Baubewilligung ist dann wieder Sache der Gemeinde.

Die Möglichkeit heisst Brüttenertunnel. Konkret: Ein Förderband zwischen dem Tunneleingang bei Eich (Bassersdorf) und der Tagelswanger Kiesgrube, die rund drei Kilometer Luftlinie voneinander entfernt sind.

Denn die Grube wird nach dem Abbau des Kieses wieder mit dem Aushub von Baustellen aufgeschüttet. Meist geschieht dies per Lastwagen. «Das Förderband würde dazu beitragen, die Lastwagenfahrten erheblich zu reduzieren», sagte die Lindauer Hochbauvorsteherin Susanne Sorg.

«Bedeutsame Chance»

Der Lindauer Gemeinderat betrachtet diese Möglichkeit deshalb als bedeutsame Chance. «Wenn die Kiesgrube schon nicht mehr zu verhindern ist, wäre so ein insgesamt wesentlich immissionsärmerer Transport möglich», sagte Sorg.

Eine Viertelmillion Lastwagen könnten mit dem Förderband eingespart werden, sagte Josef Sautter von den SBB, Projektleiter des Brüttenertunnels. Grösstenteils würde darauf der Ausbruch aus dem Tunnel transportiert werden, das Kies aus dem Tagelswanger Boden könnte so aber auch ohne Lastwagen zur Baustelle gelangen. Der Tunnel soll voraussichtlich zwischen 2026 und 2034 gebaut werden, die Kiesgrube plant ihren Start auf das Jahr 2022.

«Nur ohne Verzögerungen möglich»

Wilhelm Natrup, Chef des kantonalen Amtes für Raumplanung, ist ebenfalls für eine «Verheiratung» der beiden Projekte. Er fragte das Publikum: «Wollen wir diese Chance nicht packen?» Er sprach von einem Vorzeigeprojekt, das entstehen könnte.

Die Botschaft auf seiner Powerpoint-Folie war klar: «Eine Förderbandlösung ist nur möglich, wenn keine Verzögerungen beim Gestaltungsplan- /Bewilligungsverfahren entstehen.»

Mit dem Ausbruch des Brüttenertunnels könnte rund die Hälfte des Kiesgrubenvolumens im Süden wieder aufgefüllt werden, sagt Geschäftsführer Markus Ruff von der Kies AG. Von den geringeren Lastwagenfahrten würden also voraussichtlich vor allem die Effretiker profitieren, weil zuerst im Süden mit dem Abbau des Kieses und der Auffüllung der Gruben begonnen werden soll.

«In Geiselaft genommen»

Ein Mann aus dem Publikum fragte, wieso der restliche Aushub nicht auch via Bahn oder Förderband angeliefert werde. «Dieser fällt dezentral an», antwortete Natrup vom Kanton. Es seien viele kleine Bauvorhaben, da mache es wenig Sinn, sie alle auf die Bahn zu bringen. Bei grossen Bauvorhaben im Kanton müsse der Aushub aber künftig komplett mit der Bahn transportiert werden, das habe der Kantonsrat vor zwei Wochen einstimmig beschlossen.

«Ich sehe es einfach als unsere Pflicht an, Ihnen diese Chance aufzuzeigen.»

Wilhelm Natrup, Chef des kantonalen Amtes für Raumplanung

«Im Norden wird die Grube zu hundert Prozent mit Lastwagen aufgefüllt», schlussfolgerte Felix Hug von der IG Kiesgrube Nein. Die Befürchtung: Mehrere Hundert Lastwagen fahren in rund 20 Jahren täglich über die Zürcherstrasse durch Tagelswangen hindurch. Er plädierte dafür, den Gestaltungsplan genau anzuschauen und sich nicht vom Brüttenertunnel «in Geiselaft» nehmen zu lassen. Gegen diesen Begriff wehrte sich Natrup vom Kanton entschieden: «Ich sehe es einfach als unsere Pflicht an, Ihnen diese Chance aufzuzeigen.»

Keine Entschädigungen

Ob der Aushub ums Jahr 2040 vor allem über die Zürcherstrasse geliefert werden würde, konnte Ruff von der Kies AG nicht beantworten. Da das Unternehmen aber vor allem im Zürcher Oberland aktiv ist, sagte er: «Wir kommen vor allem vom Süden her.» Sprich: über das Brüttseller Kreuz und Bassersdorf. Dass aber auch über die Zürcherstrasse gefahren würde, bestritt niemand. Die gesetzlichen Grundlagen bezüglich Lärm und Verkehr müssten aber eingehalten werden, hiess es seitens des Kantons.

«Es gibt keine Entschädigung für eine nachteilige Planung. Es gibt ja auch keine Kosten für eine vorteilhafte Planung.»

Wilhelm Natrup, Chef des kantonalen Amtes für Raumplanung

Die Frage nach einer Entschädigung der Anwohnerinnen und Anwohner wurde seitens des Kantons und der Unternehmer verneint. «Es gibt keine Entschädigung für eine nachteilige Planung. Es gibt ja auch keine Kosten für eine vorteilhafte Planung», sagte Natrup vom Kanton.

«Wir versteuern x-mal»

Profitieren würde die Gemeinde aber über die Steuern, sagte Christian Gubler, Inhaber der Kies AG. Die Landbesitzer müssten ihre Entschädigung für den Kiesabbau versteuern. Die Kies AG mit Sitz in Bauma zahle ausserdem Steuern im Kanton Zürich, ebenso deren Angestellte, sagte Gubler. Auch er zahle seine Steuern im Kanton. «Den Betrag, den wir am Kies verdienen, versteuern wir x-mal.»

«Gerade wenn ein Projekt unter Zeitdruck steht, sollte man die Entschädigungsfrage noch einmal überdenken.»

Ein Zuhörer

Damit liess sich ein Zuhörer aber nicht abspesen. Er sprach vom «Charakter einer materiellen Enteignung», die der Kiesabbau für viele im Dorf habe. «Gerade wenn ein Projekt unter Zeitdruck steht, sollte man die Entschädigungsfrage noch einmal überdenken.» Sonst würde vielleicht juristischer Sand ins Getriebe gestreut, merkte er implizit rechtlichen Widerstand an und kritisierte den Gemeinderat, dass er die Entschädigung im Vertrag nicht berücksichtigt hatte.

«Wir wollen miteinander eine Lösung finden.»

Bernard Hosang, Gemeindepräsident von Lindau

Der Illnau-Effretiker Tiefbauvorsteher Erik Schmausser (GLP) äusserte am Ende der Veranstaltung den Wunsch, dass die Lindauer und Illnau-Effretiker wegen der ungleichen Verteilung der Lastwagen nicht gegeneinander ausgespielt würden: «Denn am Ende atmen wir alle die gleiche Luft.» Der Lindauer Gemeindepräsident Bernard Hosang stiess ins gleiche Horn: «Wir wollen miteinander eine Lösung finden.»

Am Montag, 28. September, um 19 Uhr findet eine zweite Informationsveranstaltung der Kies AG statt. Diesmal im Effretiker Stadthausaal.

Publiziert heute um 17:45 Uhr